

Parteitag unter Schock



Auf dem Landesparteitag der Berliner SPD sollte es heute im Wesentlichen um die Ergebnisse der Mitgliederbefragung gehen. Beherrscht wurde das Treffen am Alexanderplatz aber natürlich von den Anschlägen in Paris, die in ihrer Größenordnung, Brutalität und Opferzahlen eine neue, bislang nicht gekannte Dimension einnehmen. Und so begrüßte SPD-Chef Jan Stöß die Delegierten mit den Worten, „Die Rede, die gehalten werden sollte, ist in die Klarsichthülle zurückgesteckt worden.“

„Man kann den Parteitag nicht so beginnen, als wäre nichts geschehen“, so Stöß. „Wir sind in Gedanken bei den Freundinnen und Freunden in Paris. Das sind die Straßen, wo wir oft zu Besuch waren.“ Und er fügte hinzu: „Das wollen wir den Freundinnen und Freunden sagen: Wir sind in den Gedanken bei Euch in Paris.“

Und in Richtung der Attentäter sagte er: „Eine Botschaft sollte auch von uns ausgehen: Unsere freie und offene Gesellschaft werden sie nicht zerstören.“ Dieser Anschlag hätte auch hier stattfinden können, er gelte uns allen, so Stöß, er gelte unserer offenen Demokratie. Jan Stöß warnte davor, den Anschlag für parteipolitische und rechtspopulistische Zwecke auszunutzen. Dass die AfD für Warnungen dieser Art nicht empfänglich ist, verbreiteten ihre Funktionäre schon unmittelbar nach den Anschlägen, bei denen 128 Menschen ihr Leben verloren und weitere 250 verletzt wurden.

Als Michael Müller in der Nacht beginnen wollte, seine Rede für den Parteitag zu schreiben, quälten ihn neben den bekannt gewordenen Ereignissen in Paris auch persönlich Probleme den Gesundheitszustand seines Vaters betreffend. Ein Zettel mit einigen Stichworten reichte jedoch aus, um eine emotionale einstündige Rede zu halten, die nahtlos an die vom Donnerstag im Abgeordnetenhaus anschloss.



Er habe noch nie so viele Reaktionen wie nach seiner Regierungserklärung vom Donnerstag erhalten, so Michael Müller. Er sei gefragt worden: Warum diese Schärfe, ist das Taktik, ist das Wahlkampf? Seit 34 Jahren sei er Sozialdemokrat. „Mir ist es auch wichtig, dass wir die nächste Wahl gewinnen. Ich will mit euch ein gutes Ergebnis, um die Regierung anzuführen.“ Er wolle regieren und gestalten, so Müller. „Aber es gibt Themen, die eignen sich nicht für parteitaktische Spielchen.“ Da gehe es nicht darum zu fragen, bringt das ein Prozent mehr. „Es geht nicht um irgendein Flüchtlingsthema, es geht um Menschen, die zu uns kommen.“

Michael Müller war es wichtig, auch auf den Zusammenhalt in der SPD hinzuweisen und auf die gute Zusammenarbeit mit Partei und Fraktion. „Ich will mit euch gemeinsam zeigen, dass wir zurecht die Regierungspartei sind“, so Müller. Es gehe darum, füreinander zu arbeiten. „Für die Menschen, die schon lange da sind und die, die jetzt zu uns kommen.“ Mit dem Ausruf „Wir können Großstadt“, schwor er seine Genossen auf den schon längst begonnenen Wahlkampf ein.

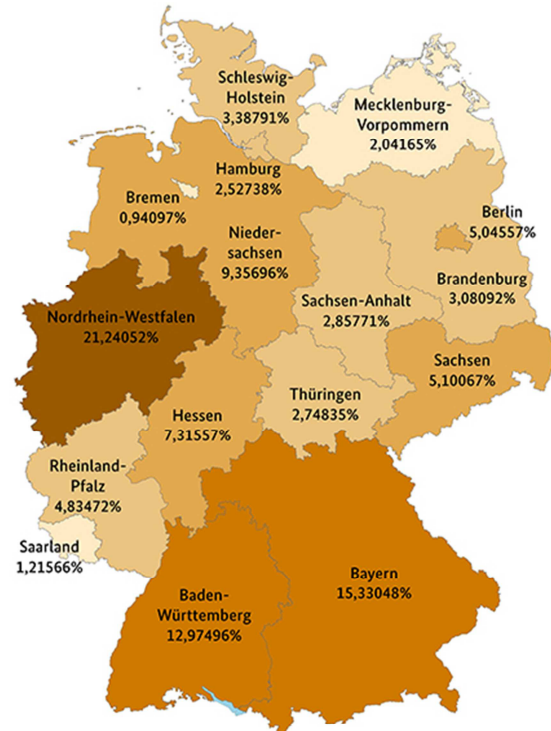
In seiner Rede hatte der Regierende Bürgermeister aufgerufen, in der Flüchtlingspolitik „offen und ehrlich und ernst zu sagen, was geht und was nicht geht“. Es gehe auch darum, internationale und europäische Solidarität einzufordern. Aber zugleich forderte er, gemeinsam Lösungen für die aktuellen Fragen der Unterbringung zu finden und sich nicht mit Scheindebatten zu beschäftigen. So wären im Mai 40 Prozent der Aufnahmesuchenden aus den Balkanstaaten gekommen, jetzt seien es noch vier Prozent. Wenn jetzt über Familiennachzug geredet werde, sei das „nicht ein Problem von heute“. Auch Abschiebungen seien „kein Allheilmittel“. „Wenn 15.000 Menschen pro Monat in die Stadt kommen, schieben wird 100

ab." Selbst wenn Herr Henkel das verfünffache, bedeute das immer noch 14.500 neu Ankommende."
 „Die Menschen kommen, sie sind da“, so Müller.
 „Das wird uns viele Jahre beschäftigen.“ Michael Müller verwies darauf, was Willy Brandt schon vor 40 Jahren gesagt hat: Die Konflikte der Zukunft würden nicht mehr zwischen West und Ost, sondern Nord und Süd ausgetragen.

Man müsse sich konkret damit auseinandersetzen, wie den Menschen geholfen werde könne. Er selbst habe sich in den vergangenen Monaten mehrmals korrigieren müssen. Er wollte kleine dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten, keine Zelte, wohnortnahe Beschulung. Diese Standards seien nicht durchzuhalten gewesen. Es müssten jede Unterbringungsmöglichkeit genutzt werden, Turnhallen und leergezogene Gewerbeimmobilien. Natürlich wolle er keine Turnhallen belegen, weil das Auswirkungen auf Schulen und Sportvereine habe. Er könne aber nicht versprechen, dass Turnhallen nicht in Anspruch genommen werden müssen.

Die Reaktion der CDU auf Müllers Rede im Abgeordnetenhaus am 12. November war heftig. In einem Interview mit der Berliner Zeitung weist CDU-Chef und Innensenator Frank Henkel Müllers Vorwürfe zurück. „Den Schuh ziehen wir uns nicht an“, sagte er der Zeitung. Frank Henkel scheint nicht realisieren zu wollen, dass er und sein Senatskollege Mario Czaja diese Schuhe längst anhaben. So zu tun, als müsse sich nun der von Müller eingesetzte Staatssekretär und ehemalige Polizeipräsident Dieter Glietsch um die Zustände am Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) kümmern, greift zu kurz. Die CDU sollte nicht vergessen, warum es überhaupt erforderlich war, Glietsch einzusetzen. Offenbar ist LaGeSo-Präsident Franz Allert mit seiner Aufgabe überfordert. Allert abzulösen würde die Gesamtsituation vermutlich nicht verbessern. Für eine mögliche Ablösung wäre aber Marion Czaja und nicht Michael Müller zuständig. Unverantwortlich und blanker Populismus sind die Äußerungen von CDU-Chef Henkel und vor allem seines Generalsekretärs Wegner. „Es gibt Grenzen der Aufnahmefähigkeit, vor allem gibt es aber auch Grenzen der Akzeptanz in der Bevölkerung“, verkündet Wegner. Vordergründig betrachtet richtig, an den Berliner Senat gewandt, ist das jedoch die falsche Adresse. Wegner sitzt für die CDU im Bundestag. Dort und in der Bundesregierung kann allein entschieden werden, wie viele Menschen aufgenommen werden. „Wir müssen den Zustrom begrenzen, die Regeln verschärfen und auch durchsetzen“, sagte Henkel der Berliner Zeitung. Wer ist bitte

„wir“? Weder Henkel noch Müller haben es in der Hand, den Zustrom von Flüchtlingen zu begrenzen, ebenso wenig wie alle anderen Bundesländer. Mit Sätzen wie diesen suggeriert allerdings Henkel, als sei die „Asylkrise“ vom Berliner Senat zu lösen.



Verteilungsquoten nach dem Königsteiner-Schlüssel für die Anwendung im Jahr 2015

- bis unter 2,5%
- von 2,5% bis unter 5,0%
- von 5,0% bis unter 10,0%
- von 10,0% bis unter 20,0%
- ab 20%

© Vermessungsverwaltungen der Länder und BKG 2013, eigene Bearbeitung
 Kartographie und Layout: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Referat 124

Nur einmal zur Erinnerung, und die Herren Henkel und Wegner werden das wissen, Berlin hat 5,04557 Prozent der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen aufzunehmen. Da gibt es nichts zu verhandeln. „Der Senat muss diese Amtszeit professionell über die Bühne bringen“, teilte Henkel den Lesern der Berliner Zeitung mit. Dazu wäre es aber schon mal wichtig, dass alle Mitspieler an Bord sind. Wenn Henkel die Teilnahme an einer Sportministerkonferenz für wichtiger hält, als im Parlament anwesend zu sein, wenn Michael Müller eine Regierungserklärung abgibt, dann ist das alles andere als professionell. Die Interessen Berlins hätte auch der zuständige Staatssekretär allein vertreten können. Henkel fordert ein Arbeitsprogramm für den Rest der Legislaturperiode. Richtig. Dann sollte er einmal anfangen, etwas zu Papier zu bringen.

Ed Koch unter Verwendung von Textpassagen über den Parteitag von spd.de – Fotos: Chris Landmann